



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

**Kurt-Schumacher-Haus**  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin  
Landesgeschäftsführer:  
Sven Heinemann

**An**

Initiative Bundesplatz e.V. ·  
Livländische Str. 27 ·  
10715 Berlin

**Per E-Mail an**

birgitta.berhorst@initiative-bundesplatz.de

Hotline: 030 - 4692-222  
berlin@spd.de  
Web: [SPD.Berlin](https://spd.berlin)

Bei Rückfragen:  
dorothee.stahlberg@spd.de  
030-4692-170

Berlin, 6. Februar 2023

***IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023***

Sehr geehrte Frau Berhorst,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm.

Anbei übersenden wir Ihnen die Antworten der SPD Berlin auf Ihre Fragen, die in engem Austausch mit den Genossinnen und Genossen vor Ort in Charlottenburg-Wilmersdorf entstanden sind.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahl>.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und empfehlen Ihnen den Kontakt zur SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Dorothee Stahlberg

***ZUSAMMEN BERLIN***

### **Frage 1: Stufenweiser Umbau des Bundesplatzes**

**Inwiefern teilen Sie die Einschätzung des Bezirksamtes, dass durch einen stufenweisen Umbau des Bundesplatzes (Ausbaustufe 1: Umbau der Südseite) die Relikte der autozentrierten Stadt angegangen werden sollten, zunächst auch ohne Tunnelschließung?**

Die Entwicklung weg von der autozentrierten Stadt ist nicht mehr aufzuhalten, unabhängig davon, wer nach dem 12. Februar 2023 Berlin regieren wird. Die Frage ist, wann passiert was und mit welcher Intensität ändert sich was in welchem Zeitraum?

In unserem Landeswahlprogramm der SPD wir festgehalten: Wir setzen uns für einen stadtverträglichen Sanierung der westlichen Stadtautobahn (A100) ein. Durch eine weitgehende Deckelung der Autobahnabschnitte in Trog- und Tieflage wollen wir die bisher getrennten Stadtquartiere wieder verbinden, neue Grün- und Bauflächen erschließen und die Lärm- und Luftschadstoffbelastungen für die Anwohner\*Innen deutlich verringern. Wir wollen prüfen, ob die geplante doppelte Autobahnhochbrücke durch einen Tunnel zwischen Spandauer Damm und Heckerdamm ersetzt werden kann.

Wir teilen die Überzeugung, dass ein stufenweiser Umbau des Bundesplatzes (zunächst ohne Tunnelschließung) schon deswegen wichtig ist, da im günstigsten Fall (beim sofortigen Start der Vorplanungen zur Schließung des Tunnels) aufgrund des deutschen Planungsrechts die Schließung des Tunnels sechs bis sieben Jahre benötigt. Die AG Bundesplatz/Bundesallee hat eine umfassende Erhebung der gesamten Bundesallee durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass es besonders zwischen Spichernstraße/Hohenzollerndamm und Bundesplatz im Bereich der Bundesallee diverse Gefahrenpunkte gibt, die kurzfristig ohne großen Aufwand und mit positiven Effekten für die Verkehrssicherheit beseitigt werden könnten. Insofern sollte der stufenweise Umbau des Bundesplatzes Hand in Hand gehen mit der Beseitigung dieser Orte, die zu hoher Verkehrsunsicherheit beitragen. Das gilt auch für die beiden Querstraßen zum Bundesplatz, die Wexstraße und die Detmolder Straße, die gleichzeitig Autobahnzubringer sind, sowie den Teil zwischen Bundesplatz und Walther-Schreiber-Platz.

Es muss bei den ersten Verbesserungen nur darauf geachtet werden, dass die spätere Gesamtlösung nicht beeinträchtigt wird. Damit alles so schnell wie möglich geht, muss nicht nur eine technische Machbarkeitsstudie, sondern eine vollständige Machbarkeitsstudie beauftragt werden, d. h. es müssen auch die Kosten aller Varianten ermittelt werden. Dies ist die Voraussetzung, damit eine haushaltsrechtliche Untersetzung durch den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses beschlossen wird. Das kann im Haushalt des Landes Berlin erst erfolgen, wenn grob die Kosten ermittelt worden sind.

### **Frage 2: Bundesplatz im Koalitionsvertrag**

**Der Umbau des Bundesplatzes wird im Koalitionsvertrag als ein Relikt der autozentrierten Stadt konkret benannt. Sollte der Rückbau der autozentrierten Stadt nach dem Breitenbachplatz mit einer Studie zum Bundesplatz als nächstes Projekt im Jahr 2024 konsequent weiterverfolgt werden? Würden Sie einer entsprechenden Priorisierung in Abgeordnetenhaus zustimmen?**

Die Machbarkeitsstudie zum Breitenbachplatz ist bereits abgeschlossen. Ein Beginn der Beauftragung der Machbarkeitsstudie für den Bundesplatz wäre sofort möglich, dazu muss aber der politische Wille bei der

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK) vorhanden sein. Die Machbarkeitsstudie für den Breitenbachplatz wurde nämlich nicht von den Mitarbeiter\*Innen der Sen-UMVK erstellt, sondern von einem externen Büro. Hierzu muss die Senatsverwaltung zunächst nur eine Ausschreibung einleiten. Für Machbarkeitsstudien und für die weiteren Vorplanungen steht ein allgemeiner Haushaltstitel zur Verfügung.

Dies sind relativ geringe Kosten. Erst zur Baufinanzierung ist ein neuer Haushaltstitel erforderlich. Voraussetzung ist aber die Kostenermittlung durch eine Machbarkeitsstudie. Die zuständige Senatsverwaltung muss lernen (auch bei anderen Projekten wie beim ÖPNV - Projekt i2030) nicht hintereinander, sondern parallel zu planen.

Insofern setzt sich die Berliner SPD dafür ein, nicht nur den Bundesplatz zu priorisieren, sondern die gesamte Bundesallee — und zwar über den Friedrich-Wilhelm-Platz hinaus bis zum Walther-Schreiber-Platz. Innerhalb der kommenden Dekade könnte dies zu einem europäisches Vorzeigeprojekt werden – weg von der autogerechten Schneise mitten durch die Stadt hin zu einer baumbestandenen Allee mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität.

### **Frage 3: Verkehrsversuch am Bundesplatz:**

**Unterstützen Sie einen halbjährigen Verkehrsversuch, mit dem durch eine Sperrung der Spangen des Bundesplatzes die Auswirkungen auf die Nutzung des Stadtraumes und der Verkehrsflüsse im Reallabor getestet werden?**

Wir stehen einem solchen Versuch höchst skeptisch gegenüber, denn es muss davon ausgegangen werden, dass die Sperrung der Spangen zu einer verstärkten Nutzung des Tunnels führt – was diesen langfristig aufwertet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesallee wieder eine Allee mit Baumbestand wird – und keine innerstädtische Schnellstraße. Darüber hinaus würde eine solche Maßnahme an anderen Stellen (z. B. Prinzregentenstraße) zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen und mit enormen Risiken für die Verkehrssicherheit einhergehen. Ziel muss es deshalb sein, den Individualverkehr insgesamt zu verringern und in den Spangen dafür zu sorgen, dass Tempo 30 eingehalten wird. Auch am Bundesplatz, besonders an der Spange Richtung Zoo, ist ein Blitzer seit Jahren überfällig.

//